

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll*
43. Sitzung

Berlin, den 06.07.2011, 16:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin
Sitzungssaal: E.300

Vorsitz: Monika Grütters, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliches Expertengespräch

Tagesordnungspunkt 1a

Öffentliches Expertengespräch zum Thema "Gefährdungen der internationalen Pressefreiheit - Folgen für Medienanbieter und -berichterstatler"

Expertinnen und Experten:

Gerda Meuer, Direktorin der DW-Akademie
Dr. Michael Rediske, Vorstandsmitglied Reporter ohne Grenzen e.V.
Andreas Weiss, Koordinator Internationales bei der ARD

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 1b

Antrag der Abgeordneten Tabea Rößner, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Pressefreiheit europaweit umsetzen - Medien als wichtigen Grundpfeiler der Demokratie stärken

BT-Drucksache 17/6126

* Redaktionell überarbeitete Abschrift der Tonaufzeichnung

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnßen (Bönstrup), Wolfgang
Grütters, Monika
Poland, Christoph
Selle, Johannes
Wanderwitz, Marco
Wöhrl, Dagmar

SPD

Ehrmann, Siegmund
Krüger-Leißner, Angelika
Schmidt (Aachen), Ulla
Thierse, Wolfgang, Dr. h.c.
Zypries, Brigitte

Dörmann, Martin

FDP

Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Müller-Sönksen, Burkhardt

DIE LINKE.

Jochimsen, Lukrezia, Dr.
Senger-Schäfer, Kathrin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rößner, Tabea

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Gehrke
Mundt
Karmann
Berens

BKM
BMWi
BMWi
BKM

Bundesrat

Jostkleigrewe
Denove

LV Hamburg
LV Bayern

Fraktionen und Gruppen

Mühlberg
Elliesen-Kliefoth
Friebel
Leberl
Trautsch
Göllnitz

DIE LINKE.
DIE LINKE.
SPD
CDU/CSU
CDU/CSU
FDP

Die Vorsitzende: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zur 43. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien. Wichtig für die Expertinnen und Experten, für die Zuhörerinnen und Zuhörer ist es zu wissen, dass wir uns in diesem Ausschuss eine ganze Reihe an Anhörungen unter dem Oberbegriff „Qualitätsjournalismus“ vorgenommen haben. Wir haben über die soziale Lage der Journalistinnen und Journalisten, die Arbeitsbedingungen, gesprochen. Wir haben dem Thema Digitalisierung und den neuen Formen des Journalismus eine Sitzung gewidmet. Heute ist es uns besonders wichtig, die Pressefreiheit, die internationale Berichterstattung, ihre Grenzen und Möglichkeiten auf die Tagesordnung zu nehmen. Das tun wir nicht nur, weil wir alle davon abhängig sind, sondern auch, weil wir es aus der Ferne, aus der Distanz, erleben, wie es Ihnen dabei geht. Um so wichtiger ist es, dazu etwas aus berufenem Munde zu hören, Sie haben ja selbst aktiv aus dem Ausland berichtet. Natürlich kommt hinzu, dass wir durch die „Arabellion“ und die aktuellen Umbrüche, die wir sehr nah erleben, immer wieder mit dem Thema zu tun haben.

Um den Lärm im Hintergrund zu erklären: Wir nehmen die gesamte Sitzung auf. Sie wird mitgeschnitten und Ihnen dann später in der Mediathek des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt. Dafür ist es erforderlich, dass hier abgedunkelt wird. Außerdem erstellen wir ein Wortprotokoll, das ebenfalls im Internet veröffentlicht wird.

Ich darf unsere drei Gäste sehr herzlich begrüßen und Sie ganz kurz vorstellen. Frau Gerda Meuer ist Direktorin der Akademie der Deutschen Welle (DW-Akademie) und trägt die Verantwortung für alle Aus- und Fortbildungsaktivitäten der Deutschen Welle. Das werden Sie vielleicht nachher selbst noch ein wenig erklären. Sie sind groß geworden in der Deutschen Welle, wo Sie schon nach dem Studium volontiert haben, und Sie waren unter anderem als Auslandskorrespondentin tätig, zum Beispiel in Tokio und Brüssel, wenn wir richtig informiert sind.

Dann begrüße ich Dr. Michael Rediske, Vorstandssprecher von „Reporter ohne Grenzen“ und auch Gründungsmitglied der deutschen Sektion. Sie waren unter anderem Auslandskorrespondent und Chefredakteur der „taz“ und sind seit 2004 Geschäftsführer des Journalistenverbandes Berlin-Brandenburg, was bestimmt manchmal auch kein so einfacher Job ist. Schön, dass Sie hier sind.

Ich begrüße Andreas Weiss. Sie sind seit vielen Jahren Koordinator Internationales in der Programmdirektion der ARD und Sie haben ja ein sehr breites Korrespondentennetz, können also sicherlich aus den einen oder anderen Regionen berichten. Sie waren selbst in Rom, Tel Aviv und Istanbul. Außerdem habe ich im Internet gelesen, dass Sie sich besonders für Zukunftsstrategien der öffentlich-rechtlichen Sender und die Herausforderungen durch die Digitalisierung interessieren.

Wir bedanken uns sehr, dass Sie drei hierhergekommen sind.

Wir haben folgendes Vorgehen verabredet. Zunächst sollten Sie in kurzen Statements, also in jeweils zirka fünf Minuten, etwas zum Thema sagen. Dass das nicht erschöpfend sein kann, ist klar, aber wir

möchten ja mit Ihnen ins Gespräch kommen. Danach schließen sich Fraktionsrunden an, die so aussehen, dass jeweils immer zwei Fragen gestellt werden können, entweder zwei Fragen an eine oder je eine Frage an zwei verschiedene Personen. So kommen wir alle miteinander ins Gespräch.

Wer von Ihnen möchte anfangen? Frau Meuer, bitte.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Vorbereitung auf den heutigen Tag hat mir die Büroleitung des Ausschusses dankenswerterweise den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 8. Juni 2011 zugeschickt. Er trägt den Titel „Pressefreiheit europaweit umsetzen – Medien als wichtigen Grundpfeiler der Demokratie stärken“. Als gelernte Journalistin, aber auch als Direktorin der Deutsche-Welle-Akademie beteilige ich mich grundsätzlich nicht an parteipolitisch motivierten Debatten, und der Antrag ist ja auch gar nicht Gegenstand der heutigen Anhörung. Ich möchte aber schon feststellen, dass er aus meiner Sicht sehr richtige und wichtige Bemerkungen zum Zustand der Pressefreiheit in einigen europäischen Ländern enthält. Jedoch erlauben Sie mir die Bemerkung: So richtig und wichtig all diese Feststellungen auch sind, Sie klagen auf sehr hohem Niveau.

Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben. Erst vor wenigen Wochen ist einer meiner Mitarbeiter aus Turkmenistan zurückgekehrt. Wie Sie sicher wissen, und wie auch Michael Rediske sicher bestätigen kann, nimmt das Land seit vielen Jahren auf sämtlichen Ranglisten hinterste Plätze ein, wenn es um die Pressefreiheit geht. Alle turkmenischen Medien sind staatlich gelenkt und unterstehen der Zensur. Kritische Journalisten müssen mit Verhaftung und Folter rechnen. Eigentlich alles Grund genug, um um das Land und seinen totalitären Herrscher einen weiten Bogen zu machen. Und doch haben wir uns in der Akademie der Deutschen Welle anders entschieden.

Vielleicht kurz zur Erklärung: Die DW-Akademie ist das internationale Trainingszentrum des deutschen Auslandsrundfunks und führt im Auftrag öffentlicher Geldgeber, vor allem für verschiedene Bundesministerien, etwa für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Projekte der Medienentwicklung durch. Kurz gesprochen: Wir bilden Journalisten fort, beraten Intendanten und professionalisieren ganz allgemein Medienschaffende in Transformations- und Entwicklungsländern.

Warum aber Turkmenistan? Weil es zu einfach wäre, mit dem Finger auf das Land zu zeigen und zu sagen, bessert euch, und dann reden wir mit euch. Nein, wir haben uns entschieden, den Dialog zu suchen, den noch so kleinen gemeinsamen Nenner. Im Falle Turkmenistans heißt das ganz konkret, eine deutsche Expertin wird für uns demnächst in das Land reisen und den turkmenischen Staatssender bei der Produktion eines Dokumentarfilms über landestypische Hochzeiten unterstützen. Sicherlich ein unverfängliches Thema, weit entfernt von unabhängigem und investigativem Journalismus. Aber auch bei einem scheinbar unverfänglichem Thema können neue und andere Sichtweisen eingeübt werden, zum Beispiel Betroffene zu Wort kommen zu lassen. Und es ist ein Anfang, der Beginn eines vorsichtigen

Austauschs, der Vertrauen schafft, und irgendwann einmal auch andere Projekte in dem Land zulassen wird.

Wir pflegen diesen vorsichtigen Austausch in Turkmenistan genauso wie in Birma oder, solange es ging, auch in Syrien und im Jemen. Wir nehmen dabei in Kauf, mit Staatssendern zu kooperieren, deren Vorstellung von Pressefreiheit mit unserer so viel gemein hat, wie Robert Mugabe mit Nelson Mandela. Wir tun dies, weil wir wissen, die Verwirklichung von Menschenrechten, auch die des Menschenrechts auf Meinungsfreiheit, erfordert am Ende des Tages vor allem eines: staatliches Handeln. Nur so lange wir mit den relevanten Akteuren im Gespräch bleiben und sie nicht aus der Verantwortung entlassen, haben wir die Möglichkeit, etwas zu bewirken. Dass dem so ist, erleben wir im Kleinen, wenn wir Senderverantwortliche davon überzeugen können, Call-in-Sendungen live im Radio zu senden, inklusive der Möglichkeit, dass dort kritische Stimmen aus der Bevölkerung Gehör finden könnten. Im Großen erleben wir das, wenn wir in einem Land den Zuschlag erhalten, bei der Reform ehemals staatlicher Verlautbarungssender mitzuarbeiten, so geschehen etwa in Moldau und Sierra Leone.

Ich möchte meine einleitenden Worte deshalb mit einer dringenden Bitte verknüpfen. Messen Sie den Rahmenbedingungen für Medien auch außerhalb Europas höchste Bedeutung bei, denn Medien haben ein entscheidendes Potential für die menschliche und gesellschaftliche Entwicklung, und dies ganz besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern. Medien sind eine eigenständige gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht und sollten, wo wir die Möglichkeit dazu haben, umfassend gestärkt werden. Ob durch die Qualifikation von Medienschaffenden, ob durch Beratung bei der Mediengesetzgebung oder durch die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten für alle Teile der Bevölkerung.

Medien und Kommunikation, das wissen Sie alle, haben in unserer Zeit überragende Bedeutung. Sie können Konflikte verschärfen oder beschwichtigen. Sie können Menschen irreleiten oder informieren und sie können Sprachrohr von Despoten oder eine Stimme der zuvor Stimmlosen sein. Mein Petikum lautet also: Behalten Sie die Bedeutung von Medien für die internationale Zusammenarbeit stets im Fokus. Die heutige Anhörung ist aus meiner Sicht ein, hier wiederhole ich mich gerne, richtiger und wichtiger Schritt, und ich freue mich darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Jetzt hat Herr Dr. Rediske das Wort.

Dr. Michael Rediske (Vorstandssprecher Reporter ohne Grenzen e.V.): Vielen Dank auch von mir für die Einladung. „Reporter ohne Grenzen“ freut sich, dass der Ausschuss unser zentrales Anliegen als NGO (Nichtregierungsorganisation) zum Thema dieser Anhörung macht.

Unser Mandat ist so allgemein wie Ihre Fragestellung nach der Gefährdung der internationalen Pressefreiheit. Tatsächlich haben auch wir, „Reporter ohne Grenzen“, ganz reale Schwierigkeiten, die Situation der Pressefreiheit weltweit miteinander zu vergleichen. In der Hälfte aller Länder, die wir für unsere jährliche Rangliste untersuchen, geht es darum, wie viele Journalisten getötet, verhaftet oder

anderweitig drangsaliert werden. Im oberen Bereich dagegen – dort wo in demokratisch verfassten Staaten Pressefreiheit auf einem hohen Standard garantiert sein sollte –, richtet sich unser Augenmerk auf eine ganz andere Ebene: die Verletzung des Quellenschutzes beispielsweise oder die Abnahme der Medienvielfalt. Die Maßstäbe für beide Ländergruppen liegen weit auseinander.

Sicher ist, zwischen Demokratie und Niveau der Pressefreiheit gibt es einen direkten Zusammenhang, sogar eine Art Rückkopplung, oft genug eine negative Rückkopplung dann, wenn undemokratische Regierungen an die Macht kommen und Medienzensur einführen, um wiederum die undemokratischen Strukturen zu stabilisieren. Bisweilen aber auch umgekehrt. Denn immer wieder gibt es Länder, aus denen uns gute Nachrichten erreichen, derzeit aus dem arabischen Raum, wo demokratische Öffnung und wachsender Spielraum für die Medien sich gegenseitig verstärken.

Ich kann Ihnen in der Kürze der Zeit natürlich keine Analyse einzelner Länder liefern. Deshalb nur einige Sätze zu dem, was wir als „Reporter ohne Grenzen“ tun und was die Politik gemeinsam mit uns und anderen NGOs tun kann, um den Gefährdungen von Medienfreiheit und Medienmitarbeitern und -mitarbeiterinnen entgegenzuwirken.

Dort, wo allgemeine Zensur und Gewalt gegen Journalisten ausgeübt werden, versuchen wir, unmittelbar und unbürokratisch zu helfen, wenn immer möglich, im Land selbst, also mit Anwälten, mit Prozessbeobachtungen, Unterstützung der betroffenen Familien. Wo das nicht möglich ist und Journalisten bedroht werden, müssen sie aus der „Schusslinie“ geholt werden. Dazu werden Visa und Einreisegenehmigungen benötigt. EU-Europa sollte dann ein Hafen für bedrohte Journalisten und Menschenrechtsverteidiger sein.

Beispiel Iran: Nach den gefälschten Wahlen von 2009 war unsere Zusammenarbeit vor allem mit dem Auswärtigen Amt sehr gut. Immerhin konnten bis heute über 50 Menschenrechtsverteidiger, darunter viele Journalisten, nach Deutschland kommen. Das begrüßen wir. Dennoch hierzu zwei Anmerkungen: Der Abstimmungsprozess zwischen dem Bund und den aufnehmenden Bundesländern inklusive der Prüfung jeder einzelnen Akte dauerte zirka drei Monate, oft länger. Unsere französischen Partner in Paris dagegen konnten die bedrohten Iraner sehr viel schneller aus ihrer prekären Situation an der türkisch-iranischen Grenze holen. Zweite Anmerkung: Diese Form der Unterstützung von Journalisten auf der Flucht ist bisher immer noch die Ausnahme in Deutschland. Die Erfahrung, die aktuell mit dem iranischen Aufnahmeverfahren gemacht wird, sollte genutzt werden, um ein festes Programm ohne regionale Beschränkung unter anderem für verfolgte Medienmacher ins Leben zu rufen.

Soweit die individuelle Hilfe für Journalisten gerade in den typischen Verfolgerländern. Zugleich muss dort selbstverständlich immer wieder Protest laut geäußert und Druck auf die Feinde der Pressefreiheit ausgeübt werden. Wohin immer Sie als Politiker reisen, ob nach China, Russland, Usbekistan oder Turkmenistan, informieren Sie sich dort über die Situation der Medien, sprechen Sie das Thema mit Ihren Gesprächspartnern offen an, überreichen Sie Listen von verhafteten Journalisten oder fragen Sie

gegebenenfalls nach dem Stand der Aufklärung von Morden an Journalisten.

In einer anderen Gruppe von Ländern gibt es dagegen Bewegung im politischen Prozess, gibt es auch Hoffnung für die Pressefreiheit. Die arabischen Länder sind dafür das aktuelle Beispiel. Hier geht es darum, die Zivilgesellschaft zu stärken. „Reporter ohne Grenzen“ wird demnächst in Tunis ein Büro eröffnen, um auszuloten, wo hier genau geholfen werden kann. Die Bundesregierung hat ja bereits erklärt, dass zivilgesellschaftliches Engagement in den Umbruchländern gefördert werden soll.

Kommen wir zu den Ländern der Europäischen Union. Ungarns Mediengesetz ist immer noch katastrophal, auch nach den meist kosmetischen Änderungen. Peinlich ist, dass sich die ungarische Regierung darauf berufen kann, dass ja massive Staatseingriffe in die Medien auch in EU-Kernländern wie Frankreich und Italien an der Tagesordnung sind.

Die Aufforderung an die EU, sich hier stärker einzusetzen, findet die volle Unterstützung von „Reporter ohne Grenzen“. Allerdings müssen wir auch konstatieren, dass das EU-Gesetzeswerk hier Lücken hat. Der einschlägige Artikel 11 der Grundrechtecharta ist, ich sage mal, EU-typisch im Punkt „Staatsferne der Medien“ sehr allgemein gefasst. Unser deutsches Rechtsverständnis von Staatsferne ist dagegen vom Bundesverfassungsgericht sehr detailliert entwickelt und wird hoffentlich im laufenden Verfahren zur Zusammensetzung der Gremien des ZDF noch stärker ausgeprägt und umgesetzt. Um die für eine funktionierende Demokratie mit „Checks and Balances“ notwendige Staatsferne der Medien auch EU-weit durchzusetzen, wird allerdings eine Initiative von oben, der EU-Kommission also, alleine nicht reichen. Ich glaube, dass es gegen autoritäre Regenten wie in Ungarn oder Italien mehr brauchen wird. Die endogenen Kräfte der Zivilgesellschaften vor Ort müssen stärker und die EU selbst muss demokratischer werden. Dass Ungarn mit den eher kosmetischen Änderungen des Mediengesetzes durchgekommen ist, gibt jedenfalls ein fatales Signal an potentielle Beitrittskandidaten ab.

Nur kurz erwähnen möchte ich hier das Problem des Informantenschutzes in Europa, weil der Deutsche Bundestag dies ja derzeit schon mit mehreren Gesetzesentwürfen diskutiert. In Europa weist dieser für den recherchierenden Journalismus essentielle Schutz fast überall Lücken auf. Wir treten hier für einen möglichst weitgehenden Schutz vor Beschlagnahme und Datenspeicherung ein. Die EU, so meinen wir, muss Vorbild bei der Presse- und Medienfreiheit sein. Sie hat diese Rolle in einer Reihe von Ländern nicht oder nicht mehr. Ihr Lavieren und Austarieren zwischen den unterschiedlichen Interessen der nationalen Regierungen der EU führt, wie auf anderen Politikfeldern, zum Rückschritt. Und der Verfall der Pressefreiheit, siehe Italien und Ungarn, geht einher mit einem Verfall der demokratischen Kultur einer Gesellschaft. Das sollten die demokratiebewussten Teile der EU nicht weiter zulassen. Denn in letzter Instanz gilt weiter das Motto, unter dem „Reporter ohne Grenzen“ arbeitet: „Keine Freiheit ohne Pressefreiheit.“ Vielen Dank.

Andreas Weiss (Koordinator Internationales bei der ARD): Ich bedanke mich auch sehr herzlich für die Einladung. Ich spreche da sicherlich auch im Namen meiner Kollegen, bei denen ich vor allem an den

Brennpunkten kurz vorher noch eine Umfrage gemacht habe, um etwas über ihre Arbeitsbedingungen zu erfahren und darüber, wie sie sich in der letzten Zeit entwickelt haben. Hier hat mir zunächst Christine Adelhardt ein sehr bedrückendes Bild aus China gezeichnet, das zeigt, wie sehr die Journalisten dort, auch die Auslandspresse, unter Druck geraten sind. Sie hat mir ein Gedächtnisprotokoll von ihrer letzten Vorladung vor die Polizei geschickt und daraus kann ich zitieren. Ein Polizist nimmt sie wie folgt ins Verhör: „Sie gingen nach Wangfujing, um dort Chaos zu stiften. Die Menschen haben unsere Hilfe angefordert. Sie haben keine Genehmigung bei den lokalen Behörden von Wangfujing angefordert, daher waren Ihre Interviews illegal. Das ist heute unsere letzte Warnung an Sie, dass das klar ist. Sie müssen den Vorschriften für Medienorganisationen und -agenturen Folge leisten.“ Diese Regeln wurden 2008 nach den Olympischen Sommerspielen erlassen, nach den Olympischen Sommerspielen, die mit dem Hinweis in China veranstaltet wurden, dass führe möglicherweise zur Öffnung des Landes. Man fährt fort: „Wir wollen hier keine Leute, die nach China kommen, um unser Land zu ruinieren, es zu destabilisieren und unseren Fortschritt zu stören. Jeder Journalist, der in China illegale Interviews führt, wird nach dem Gesetz bestraft.“

Christine Adelhardt wurde entlassen, nachdem sie eine schriftliche Selbstkritik geleistet hatte. Dieses Protokoll hat sie vor dem Besuch Wen Jibaos (des chinesischen Regierungschefs in Berlin) an Bundeskanzlerin Angela Merkel übermittelt.

Wir müssen feststellen, das unmittelbar nach den Olympischen Sommerspielen 2008 die chinesische Regierung die Arbeitsbedingungen für Auslandskorrespondenten verschlechtert hat. Noch einmal: In diesem Februar 2011, in Erwartung angekündigter Demonstrationen gegen das Regime, wurde der Spielraum noch weiter reduziert und mit einer quälenden Rechtsunsicherheit belegt.

Die Freiheit der Meinungsäußerung, die Informationsfreiheit, die Pressefreiheit sind universelle Grundrechte, zu denen sich alle Staaten feierlich bekannt haben. Immer mehr Korrespondenten jedoch müssen diese Freiheit mit hohen Risiken erkämpfen. Nicht nur in China. Die Hoffnung, die Welt mit ihrer globalisierten Wirtschaft, führe zur Öffnung der Staaten und der Gesellschaften, hat sich bislang kaum erfüllt. Während das internationale Handelsrecht eine zuverlässige Basis zur Abwicklung von Verträgen bildet, bleibt die Konvention zum Schutz der Menschenrechte häufig nur Absichtserklärung, auf die man sich im Alltag kaum berufen kann.

Meine Umfrage unter den ARD-Korrespondenten in Asien, im Nahen Osten, in Russland und in Südamerika ergab ein doch deprimierendes Bild: Zahlreiche Länder bleiben ausländischen Journalisten gänzlich verschlossen wie Kuba, Myanmar, Nordkorea, Tibet, Usbekistan, derzeit auch Syrien. In einer Vielzahl von Staaten muss für jede Art der Berichterstattung eine förmliche Genehmigung eingeholt werden. In Iran werden alle Anfragen, die sich mit der Opposition befassen, zurückgewiesen. Etliche Journalisten gehen dazu über, ihr eigentliches Thema zu verschleiern, was aber auch nicht hilft, da dann der Verdacht, unter falscher Flagge zu segeln, auf alle Antragsteller ausgeweitet wird. In zahlreichen Ländern (Libyen, Iran, Myanmar, Vietnam) müssen die Journalisten Begleiter akzeptieren, die sie

überwachen, gängeln und deren Erscheinen auf Interviewpartner so abschreckend wirkt, dass sie den Termin mit dem Korrespondenten wieder absagen.

Für die Berichterstattung ist ein Netzwerk an qualifizierten Ortskräften unerlässlich. Diese jedoch stehen vielfach unter erhöhtem Druck, da sie der einheimischen Repressionsmaschinerie schutzloser ausgesetzt sind, als die akkreditierten Auslandskorrespondenten. Nicht nur in China werden die lokalen Mitarbeiter des ARD-Studios von der Polizei bedroht und von der „Staatssicherheit“ besucht.

Sanktionen staatlicher Stellen gegen Gesprächspartner und Protagonisten sind das heikelste Problem, mit denen die Korrespondenten zu kämpfen haben. Ina Ruck schreibt aus Moskau: „Dies zwingt uns zu absoluter Vorsicht und zum ständigen Abwägen: Wie weit kann ich bei der Berichterstattung gehen, damit sie zwar möglichst umfassend ist, sie aber dennoch Mitarbeiter und Protagonisten nicht gefährdet?“ Auch in Mexiko ist eine freie Berichterstattung nur eingeschränkt und nur nach sorgfältiger Abwägung der Risiken möglich.

Damit wären wir bei den Auswirkungen der Repressalien auf die Berichterstattung und die Folgen für die Medienanbieter: Kommt es damit in der Berichterstattung zu schwarzen Flecken auf dem Globus? Ist die Repression im Sinne der „Täter“ erfolgreich? Ja, es gibt diese schwarzen Flecken; Nordkorea gehört dazu, Myanmar, Tibet, Kuba, Turkmenistan, Usbekistan, Iran.

Vielfach sind die ausgesperrten Korrespondenten auf Augenzeugenberichte, auf ihr informelles Netzwerk an Informanten und auf andere Quellen angewiesen. „Heikle Themen behandeln wir so, dass die Berichterstattung die Betroffenen nicht gefährdet. Es gibt meines Wissens jedoch kein Thema, das wir aus irgendwelchen Gründen nicht behandelten. Können wir selbst nicht in die betreffenden Staaten reisen, verfügen wir aber dennoch über sendefähiges Material, dies prüfen wir alles mehrfach und weisen bei Ausstrahlung darauf hin, dass es sich nur um Informationen aus zweiter Hand handelt. Im Zweifelsfall verwenden wir das Material nicht,“ schreibt Ina Ruck.

Das weist auf diese neue Entwicklung hin, die sich die Menschen seit kurzem zunutze machen, um gehört zu werden: die Kommunikation übers Internet, übers Handy, Twitter, Facebook. Diese Botschaften gelangen in großer Zahl ungefiltert und ungeprüft an die Öffentlichkeit. Dank der genauen Ortskenntnis unserer Korrespondenten gelingt es aber häufig, die Botschaften zu verifizieren und vor allem, sie für das Publikum einzuordnen.

Damit tritt die Zivilgesellschaft als neuer Faktor und zunehmend bedeutsamer Katalysator von Entwicklungen ins Rampenlicht. Die bislang schweigenden Massen artikulieren sich, die Aktivisten suchen den Kontakt zu den Medien. Wo schließlich ein unterdrückerisches Regime abgeschüttelt wird und auch die bislang unter staatlicher Kuratel stehenden Medien, die Presse, der Staatsrundfunk eine neue, demokratische Ausrichtung suchen, da erweist es sich, dass die so lange missachteten Grundwerte und Konventionen der internationalen Gemeinschaft doch präsent sind. Die Meinungsäußerungsfreiheit,

die Pressefreiheit, die Informationsfreiheit erscheinen als die wichtigsten Geburtshelfer einer neuen Demokratie, wie wir sie beispielsweise gegenwärtig in Tunesien und hoffentlich auch in Ägypten entstehen sehen. Das lässt darauf schließen, dass dieser universelle Wertekanon stets virulent war, auch wenn er missachtet wurde. Die Regimes hatten sich im Bewusstsein der formellen Zugehörigkeit ihres Landes zu all den Konventionen, die den Wertekanon der Weltzivilisation ausmachen, nie offen gegen die Grundrechte zu stellen gewagt. Sie haben sie durch Interpretationen verbogen, durch Lügen, Verletzungen abgeleugnet, durch Gängelung der Medien die Aufdeckung von Missbrauch behindert. Sie haben nicht gesagt, unser Modell ist das bessere. Sie haben damit implizit stets den Wertekanon bestätigt. Und darauf können die Revolutionäre nun aufbauen.

Der tunesische und der ägyptische Staatsrundfunk waren schon immer Mitglieder der Europäischen Rundfunkunion (EBU), eines Zusammenschlusses von Rundfunkanstalten, der sich dem spezifischen öffentlich-rechtlichen Auftrag verschrieben hat, wie er die Sendeanstalten in Großbritannien, Mittel- und Nordeuropa prägt. Obwohl viele Mitglieder diesen Kriterien nicht gerecht werden, bemühen sich doch alle, ihre Zugehörigkeit zum Wertekanon irgendwie zurechtzubiegen. Das mag heuchlerisch erscheinen, damit jedoch bleibt er der gültige Maßstab auch für diese Organisationen.

Als nun die Tunesier ihren Diktator abgeschüttelt hatten, dauerte es deshalb nicht lange, bis das tunesische EBU-Mitglied die Europäische Rundfunkunion um Hilfe bat beim Neuaufbau eines demokratischen, überparteilichen, integren öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Nicht etwa das russische Rundfunkmodell schwebte ihnen dabei vor, sondern das vornehmste, welches sich mit dem Begriff BBC verbindet. Die EBU hat diese Anfrage gerne aufgegriffen und entwickelt derzeit mithilfe der Entwicklungsinstitutionen ihrer Mitglieder, darunter der Deutsche-Welle-Akademie, ein umfassendes Aufbau-Konzept. Wichtigstes Nahziel ist die journalistische Begleitung der ersten demokratischen Wahlen in Tunesien, für die Journalisten ausgebildet und technische Geräte bereitgestellt werden müssen. Die Wahlen finden am 23. Oktober 2011 statt. Sie sind für das weitere Schicksal Tunesiens von entscheidender Bedeutung. Und damit ist die Verantwortung der Medien hinreichend beschrieben.

Dies sei die gewissermaßen versöhnliche Schlussfolgerung: Die Freiheit der Meinungsäußerung, der Information und der Presse sind Grundrechte, die sich immer wieder Geltung verschaffen. Mögen wir den Regimes gegenüber auch machtlos erscheinen, solange die Flamme nicht ausgeht, bleibt die Idee dieser Freiheiten erhalten. Die Korrespondenten erfüllen gerade auf ihren schwierigsten und gefährlichsten Posten diese Funktion, sie verteidigen die Freiheit, unsere Freiheit, überall, wo sie wirken. Dabei sollten sie alle staatlichen und nichtstaatlichen Instanzen unterstützen. Sie und ihre Mitarbeiter benötigen Rückendeckung, im Dialog unter den Regierungen müssen diese Themen auf der Tagesordnung bleiben.

Dem Studio Peking wurde von der deutschen Botschaft übrigens mitgeteilt, dass der Brief der deutschen Korrespondenten an Bundeskanzlerin Merkel beim Besuch Wen Jibaos zur Sprache gekommen ist. Dafür sind sie dankbar. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Weiss. Wir kommen jetzt zur Fraktionsrunde. Es können zwei Fragen gestellt werden. Als Erster hat sich Wolfgang Börnsen gemeldet.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU): Es ist schon eindrucksvoll, was Sie hier vorgetragen haben. Wenn man berücksichtigt, dass über die Hälfte der Menschen auf unserer Erde nicht in einer Demokratie leben, dass über die Hälfte der Menschen keine Freiheitsrechte genießen und damit auch keine Pressefreiheit genießen, dann weiß man, wie groß die Aufgabe aller Demokraten ist, wenn wir weltweit Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit haben wollen.

Sie alle drei sind ja stellvertretend für viele Journalisten hier dabei, die sich in und über ihren eigenen Berufsbereich hinaus dafür engagieren, dass das, was gewissermaßen Ihre Arbeitsgrundlage bildet, dass die Pressefreiheit weltweit und zumindest erst einmal europaweit realisiert wird. Wir alle, wie wir hier sitzen, wissen Ihre Zivilcourage und Ihren Einsatz zu schätzen. Ich habe es bei Kollegen von der Deutschen Welle erlebt, wie manchmal unter Einsatz des Lebens versucht wird, das, was man an Informationen weitergeben möchte, zu transportieren. Das verlangt von uns allen einen ganz großen Respekt.

Meine Fragen beziehen sich auf zwei Sachverhalte. Der Vertreter von „Reporter ohne Grenzen“ hat darauf aufmerksam gemacht, das fand ich sehr fair von Ihnen, dass das Auswärtige Amt wo möglich sehr verantwortungsbewusst arbeitet, wenn auch nicht immer in der Schnelligkeit, die man sich wünscht. Ich habe mehrfach miterlebt bei Fällen, die ich begleitet habe, dass unsere Diplomaten mit ganz großer Sorgfalt arbeiten. Das will ich doch gern deutlich machen. Sie ziehen sich den Schuh an, das war schon einmal ganz anders.

Zweitens: Ich will deutlich machen, dass die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages – wir sind alle Mitglieder solcher Parlamentariergruppen –, wo auch immer sie sind, nicht nur Kontrollfragen stellen, was die Finanzierung bestimmter Maßnahmen mit dem Geld unserer Bürger angeht, sondern dass sie gleichzeitig immer Menschenrechtsfragen, Presserechtsfragen und Fragen der Pressefreiheit in ihrem Programm haben. Das gilt für alle Fraktionen, das gilt für alle unsere Kolleginnen und unsere Kollegen. Da finden Sie uns an Ihrer Seite. Deshalb meine erste Frage an alle drei Experten gestellt: Was sind Ihre konkreten Erwartungen an die Mitglieder des Deutschen Bundestages?

Alles, was wir hier miteinander diskutieren, ist ja vor dem Hintergrund dessen zu sehen, dass wir vorgeschlagen haben, mehr zu tun, um den Qualitätsjournalismus bei uns und überall zu sichern. Wir teilen die große Sorge, dass der Qualitätsjournalismus, wenn wir uns nicht gemeinsam darum bemühen, auf der Strecke bleibt. Deshalb meine zweite Frage: Was erwarten Sie von Ihren eigenen Kollegen in

Deutschland, damit das Berufsbild des Journalisten so ist, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen Beruf unumwunden anerkennen? Wie ist Ihre Einschätzung?

Mit einer letzten Bemerkung möchte ich gerne schließen. Die Darstellung, dass „Reporter ohne Grenzen“ weltweit tätig ist und offensichtlich nicht die Unterstützung der Europäischen Union hat, hätte ich gern noch konkretisiert. Denn, wenn festgestellt wird, dass die Europäische Union im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit nicht genug tut, dann ist es unsere Aufgabe, uns dafür einzusetzen und das zu ändern.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Meuer, bitte.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Welche Erwartungen ich konkret an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages habe? Ich habe hier den Hut auf als Leiterin der Akademie der Deutschen Welle. Da ist mir die Medienentwicklungszusammenarbeit außerhalb Europas, so wie ich sie gerade beschrieben habe, sehr wichtig. Natürlich habe ich vorhin Länder ausgewählt, die besondere Extremfälle darstellen. Aber wir arbeiten in diesem Bereich seit fast 50 Jahren, wir haben lang gewachsene Partnerschaften in vielen Teilen dieser Welt. Diese Art der Medienentwicklung zu unterstützen, sie als eine Möglichkeit zu sehen, die Pressefreiheit zu fördern und überdies die Entwicklungsländer wichtig zu nehmen, würde ich mir wünschen.

Ein anderer Bereich betrifft direkt den Auslandsrundfunk der Deutschen Welle. Wir sind wichtig für die Außenwahrnehmung Deutschlands, auch für die Menschen in vielen Krisenregionen, die immer noch nicht an Informationen kommen. Und auch dafür sollte Unterstützung vorhanden sein, auch dieses Feld sollte gestärkt werden. Das ist mein Petition. Vergessen Sie die internationale Medienentwicklung nicht! Da trenne ich nicht zwischen Akademie und Deutscher Welle, sondern spreche von einem Haus.

Welche Erwartungen habe ich an Deutschland? Ich bin Leiterin einer Akademie. Wir bilden Journalisten aus. Journalismus ist ein Handwerk. Wir bilden auch deutsche Journalisten aus, wir sind auch für die Ausbildung in der Deutschen Welle zuständig. Ich halte eine gute Ausbildung immer noch für eine Garantie dafür, dass gründlich recherchiert wird, dass die Berichte sauber und ordentlich gemacht werden, um es so einfach zu formulieren. Was diesen Hype um social Media und Blogger angeht: Nicht jeder Blogger ist automatisch Journalist. Das haben wir in vielen Ländern, auch in Arabien, gesehen. Ich kann erzählen, dass wir schon im Herbst letzten Jahres, als noch keine Rede von dem arabischen Frühling war, dort Blogger-Konferenzen mit jungen Leuten durchgeführt haben, sowohl in Tunis als auch in Ägypten, nicht, weil wir wussten, was sich dort an Umbrüchen und wirklicher Frühlingsstimmung entwickeln wird, sondern weil wir vor Ort sind, weil wir die Entwicklungen in den Ländern sehen und mit den relevanten Gruppen zusammenarbeiten. Aber noch einmal: Nicht jeder Blogger ist ein Journalist. Was Standards, was Ethik, was Werte angeht, sind das alles Felder, auf denen man arbeiten, die Kollegen im Ausland und im Inland unterstützen kann. Noch einmal, Journalismus ist ein Handwerk und das kann man lernen.

Die Vorsitzende: Wenn ich Sie um relativ kurze Antworten bitten darf. Herr Dr. Rediske, bitte.

Dr. Michael Rediske (Vorstandsmitglied Reporter ohne Grenzen e.V.): Deswegen werde ich mich auf andere Fragen von Herrn Börsen beschränken, er hatte ja mehrere Fragen gestellt. „Reporter ohne Grenzen“ hat durchaus Unterstützung der EU. Beispielsweise wird dieses neue Büro in Tunis ein Projekt der EU sein. Als ich eben von der EU geredet habe, meinte ich die Verfasstheit der EU, die aus vielen Kompromissen, auch Formelkompromissen und juristisch allgemeinen Begriffen wie „Diversity“ besteht, die dann beispielsweise gegenüber Ungarn nicht so leicht in Sanktionen umgesetzt werden können. Ansonsten hatte ich meine Erwartungen schon angerissen: Parlamentarier-Reisen, stark reden, Proteste, EU weiterentwickeln, Zivilgesellschaft entwickeln.

Die Vorsitzende: Herr Weiss, bitte.

Andreas Weiss (Koordinator Internationales bei der ARD): Was wir erkennen angesichts mancher brennender Entwicklungen an unterschiedlichen Orten in Europa, dass wir häufiger zu konzertierten Aktionen kommen müssten. Die Europäische Rundfunkunion hat zusammen mit der europäischen Kommissarin Viviane Reding beispielsweise Veranstaltungen in dem niedergehenden Ungarn abgehalten. Wir haben versucht, dort den allmählich abgeschnürten öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein Stück weit zu retten. Aber, wenn der Konsens in einem Land nicht da ist, die Pressefreiheit aktiv zu verteidigen, und wenn man Parteien wählt, die das nicht vorhaben, dann haben wir einfach schlechte Karten. Trotzdem könnte man im Vorfeld mehr tun, um Bewusstsein zu schaffen. Wenn es jetzt beispielsweise in Spanien soweit ist, dass dort der öffentlich-rechtliche Rundfunk von der Finanzierung abgenabelt wird und sozusagen aus Abfällen, aus Steuerzahlungen des Privatsektors, also der privaten Rundfunkunternehmen und der Telekom-Unternehmen, finanziert wird, dann ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk als solcher gefährdet. Damit fehlt dann plötzlich dieses Korrektiv, weil es in die Hand der Steuerphantasien des Privatsektors gelegt ist.

Wir haben viele solcher Probleme in Europa. Manchmal ist es auch so prekär, das man nicht weiß, wo man ansetzen soll, wenn man schon im großen Nachbarland Frankreich bemerkt, dass es nicht mehr ganz zur freien Medienwelt gehört, weil dort einfach zu viele Medien in die Abhängigkeit geraten. Der Staatspräsident setzt persönlich den Generaldirektor von France Television ein und auch das Pressewesen ist stark in die Abhängigkeit bestimmter Freundeskreise aus dem Industriebereich geraten, so dass wir heute keine kritische Presse mehr in nennenswertem Umfang in Frankreich haben. All das sind beängstigende Entwicklungen, die wir auch in Italien sehen. Wenn Berlusconi an der Macht ist, ist die RAI keine unabhängige Institution mehr. An der Stelle muss man sich fast schon überlegen, wie kann man hier ein Konzept entwickeln, mit dem man wenigstens dazu beitragen kann, dass die Rückkehr in freiere Verhältnisse, wenn die politische Situation sich wieder geändert hat, möglichst schnell und nachhaltig geschieht.

Die Vorsitzende: Herr Dörmann, bitte.

Abg. Martin Dörmann (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch noch einmal von meiner, von unserer Seite ein herzliches Dankeschön für die nicht nur prägnanten, sondern wirklich beeindruckenden Vorträge, die Sie uns gerade als Input gegeben haben. Ich kann mich nur den Kollegen anschließen. Ich glaube, wir alle wissen, dass Pressefreiheit letztendlich in erster Linie vom Mut der Journalistinnen und Journalisten vor Ort, die Repressionen ausgesetzt sind, abhängt. Insofern muss man wirklich die Zivilcourage derjenigen, für die Sie heute stellvertretend hier sind, loben, Ihnen Mut machen und Ihnen im Namen des gesamten Ausschusses sagen: Wir haben Sie wirklich im Fokus. Deshalb sitzen wir heute hier.

Ich will mich an das verabredete Verfahren halten und mich auf zwei Fragestellungen an jeweils einen Experten konzentrieren und bitte Frau Meuer schon einmal um Entschuldigung, dass Sie diejenige sind, die bei mir herausfällt. Ich bin sicher, meine Nachfolgerinnen und Nachfolger werden das ausgleichen.

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Rediske. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir verschiedene Bereiche in der Welt haben mit unterschiedlichen Standards. Ich glaube, wir müssen in jedem einzelnen Bereich sensibel sein, und natürlich haben wir mehr Möglichkeiten in unserem Einflussbereich, sei es im Rahmen der Europäischen Union oder auch national. Deshalb volle Zustimmung zu all Ihren Thesen. Sie haben das ungarische Mediengesetz genannt, das auch hier im Ausschuss eine große Rolle gespielt hat. Wir als SPD-Fraktion sind an verschiedenen Stellen tätig gewesen – von Anträgen über Anfragen bis hin zu einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, was die Lage in der EU insgesamt angeht. Aber ich nenne auch das Stichwort ZDF-Staatsvertrag. Da finde ich es richtig, da haben wir unterstützt, das Rheinland-Pfalz Wort gehalten hat und der Staatsvertrag jetzt dem Verfassungsgericht vorgelegt wird. Das noch einmal als ausdrückliche Zustimmung zu den Thesen, die Sie hier genannt haben.

Meine Frage ist auf die Bedeutung des Internets gerichtet. Herr Weiss hat zu Recht schon angedeutet, dass das Internet eine neue Qualität in die Diskussion um Presse- und Meinungsfreiheit gebracht hat, sicher eine sehr positive. Sie haben von der Zivilgesellschaft geredet, deshalb würde ich Sie fragen, wie Sie an der Stelle die Bedeutung des Internets einschätzen, aber vielleicht auch, wo die besonderen Gefährdungen liegen. Denn da, wo solche Zivilgesellschaften entstehen, entstehen dann vielleicht auch Repressionen von staatlicher Seite. Es stellt sich also die Frage, wie man denen entgegentritt.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Weiss. Da zunächst die etwas allgemeine Frage, weil das aus allen drei Statements heraus kam: Was kann man eigentlich tun, um international für Pressefreiheit einzutreten? Der Bogen spannte sich von Ihrem Beispiel, Frau Meuer, den Dialog auch unter erschwerten Bedingungen zu suchen, auch dann, wenn man weiß, hier herrscht Repression, trotzdem tätig zu werden, bis hin zu den Fragen der Kommunikation. Protest äußern, hat Dr. Rediske gefordert. Gleichzeitig stehen wir vor der Frage, die ebenfalls angedeutet wurde: Was kann eigentlich die deutsche

Außenpolitik tun, um über Kommunikation hinaus „Druck auszuüben“? Oder wie kann dieser Druck aussehen und wie muss eine Strategie aussehen, dass keine nachteiligen Effekte ausgelöst werden? Das ist ja wirklich eine Gratwanderung. Da würde mich vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrung und der Erfahrung der verschiedenen Auslandsstudios, die Sie betreuen, Ihre Einschätzung interessieren, ob es einen Weg gibt, den Sie grundsätzlich empfehlen oder ob man wirklich jedes einzelne Land spezifisch anschauen muss. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Herr Dr. Rediske, bitte.

Dr. Michael Rediske (Vorstandssprecher Reporter ohne Grenzen e.V.): Das Internet ist eine gute Ergänzung zum Journalismus. Zum Teil bietet es Journalismus, in der Mehrheit wird im Internet kein Journalismus geboten. Der qualifizierte Journalismus, kann aber den Input von, nennen wir sie Bürger-Journalisten, von interessierten Bürgern, die bloggen, immer gebrauchen. Wichtig ist, dass selektiert wird, dass eingeordnet wird, dass interpretiert wird. Auf Dauer wäre ein ungeordnetes Internet, wenn es keine Redaktionen mehr gäbe, nicht sehr nützlich für die Meinungsbildung der Bürger.

Zu den Vorteilen kommen, wie Sie erwähnt haben, Gefährdungen, denn das Internet kann blockiert werden. Das erfährt zum Beispiel die Deutsche Welle, die in China ständig blockiert wird. Hier und da braucht man vielleicht doch noch das Radio, braucht andere Möglichkeiten. Andererseits gibt es einen technischen Wettlauf zwischen denen, die das Internet blockieren wollen, und denen, die die dezentrale Struktur des Internets nutzen, nutzen können, auch über Grenzen hinweg: Exilorganisationen, Proxyservers in den Vereinigten Staaten oder sonst in Ländern, in denen die Gefährdung eben nicht da ist. Das heißt, ich glaube, dieser Wettlauf wird im Endeffekt, ich bin da optimistisch, zugunsten der Freiheit ausgehen, auch wenn die technischen Möglichkeiten der Zensoren gleichzeitig wieder wachsen. Wir verfolgen das sehr gespannt und versuchen wie viele andere Organisationen, zu denen auch die DW-Akademie gehört, die Journalisten aus vielen Ländern darin ausbildet, wie man mit dem Internet umgeht, wie man mit Zensur umgeht, zu helfen und zu vermitteln, um das Internet zu einem Hort der Freiheit zu machen. Danke.

Die Vorsitzende: Herr Weiss, bitte.

Andreas Weiss (Koordinator Internationales bei der ARD): Das ist natürlich eine schwierige Frage: Wie kann man helfen? Es gibt politische Zyklen und es gibt Höhen und Tiefen, es gibt Umbruchsituationen und Verfestigungen. Ich würde sagen, wenn wir eine Situation wie die im Iran vor uns haben, wird wahrscheinlich kein irgendwie gearteter Einfluss helfen, die Situation zu verbessern. Wesentlich ist aber, dass wir in Situationen, in denen sich ein Wandel andeutet, rechtzeitig wissen, wie wir zu handeln haben, damit wir im Sinne der Pressefreiheit die Kräfte freisetzen und dass diese Kräfte dort dann auch die sich entwickelnden Strukturen bestimmen und wir dabei mithelfen.

Es hängt aber sehr von der Sensibilität ab, wie wir helfen, denn in solchen Situationen wollen viele nicht,

dass wir ihnen einfach sagen, wie Freiheit geht, sondern sie wollen die Freiheit selbst erfahren. Das gilt auch für Tunesien. Wir haben in Tunesien ein großes Angebot gemacht, dass wir mithelfen, die Mediensituation insgesamt zu verbessern, dass wir Politiker beraten, wie die Rahmenbedingungen für ein freiheitliches Medienwesen auszusehen hätten und dann auch die konkrete Hilfe in Projekten für die Rundfunkanstalten und die Presse angeboten. Das führt aber durchaus nicht dazu, dass man bei den Revolutionären gleich voll willkommen ist, sondern man muss berücksichtigen, dass man in einer anderen Kultur tätig ist, die ihren eigenen Stolz hat und die einen eigenen Demokratiebegriff entwickeln möchte, den wir nicht eins zu eins übertragen können. Hier ist die Hilfe sehr sensibel anzusetzen.

Letzten Endes ist uns in diesen Situationen aber schon sehr viel gelungen. Beispielsweise hat die Europäische Rundfunkunion als der Eiserne Vorhang fiel die Mediengesetze der meisten osteuropäischen Länder entworfen. Dort war dann gleich das Instrumentarium verfügbar, mit dem man eine freiheitliche Medienordnung entwickeln konnte. Wenn man auf solche Bruchsituationen vorbereitet ist, wenn man in der Zeit der Verfestigung des Protests begleitet, dann wäre man gerüstet, das Beste herauszuholen, damit Umbruchsituationen in die richtige Richtung kanalisiert werden können.

Sonst kann ich nur sagen, der schlichte Alltag unserer Pressearbeit, der Umstand, dass es einen Korrespondenten gibt, der Kontakt mit den Abspielstationen, mit den anderen Profis in seinem Berichtsland hat, führt dazu, dass seine Arbeit abfährt. So entstehen Leitbilder und diese Leitbilder werden später wirksam. Deswegen lautet mein Rat, dass wir verstärkt Angebote für die Journalistenausbildung rund um die Welt machen sollten, denn wenn die Journalisten hier bei uns erfahren haben, welche Freiheiten sie in Anspruch nehmen können, wenn sie in einer freien Meinungsumgebung arbeiten, dann wird das für immer in ihnen als Leitbild funktionieren. Das wäre mein praktischer Vorschlag, da einzusteigen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Müller-Sönksen hat zwei Fragen.

Abg. Burkhard Müller-Sönksen (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Meuer, Herr Dr. Rediske, Herr Weiss, vielen Dank, dass Sie uns heute zu einem Expertengespräch zur Gefährdung der internationalen Pressefreiheit zur Verfügung stehen. Die Pressefreiheit ist eine der Voraussetzungen für eine freie Meinungsbildung und damit ein unentbehrliches Wesenselement eines freiheitlichen Staates und einer Demokratie. Täglich riskieren Tausende Ihrer Kolleginnen und Kollegen die eigene Freiheit und sogar ihr Leben, um den Zuhörern, den Lesern, dem Publikum sauber recherchierte Berichte und unabhängige Meinungen zu bieten. In Nordafrika hat diese Graswurzelarbeit zu ersten Erfolgen geführt. Das ist auch von Seiten dieses Ausschusses besonders zu würdigen. Wir wollen diese Arbeit unterstützen und haben beispielsweise über das Auswärtige Amt, ich glaube, Frau Meuer hat das schon angedeutet, Projekte mit ins Leben gerufen bzw. finanziert. Ich will hier nur das Projekt Young Media Summit in Kairo erwähnen, in dem bereits vor den Umbrüchen die Blogs als Diskussionsplattform im Nahen Osten erkannt und aufgegriffen worden sind. Ich finde es völlig in Ordnung, wenn Sie darauf hinweisen, dass die „fünfte Gewalt“ – wenn ich ein Modewort benutzen darf – selbstverständlich nicht die

qualifizierte Einsortierung von Journalisten der „vierten Gewalt“ überflüssig macht. Diese Einordnung bleibt dringend erforderlich. Aber Bürgerbeteiligung ist eine neue Form, die nicht nur die Bürger in Deutschland bei „Stuttgart 21“ betrifft. Die „vierte Gewalt“ hat also jetzt ein neues Problem. Früher waren Sie Exklusivlieferanten von Informationen, haben Sie geliefert und gewichtet. Jetzt kommt die „fünfte Gewalt“ hinzu, gegebenenfalls auch als Ergänzung, gerade wenn die Pressefreiheit in Ländern gefährdet ist, wie Sie eben schon richtig sagten, durch technische Umgehungen und seien es nur Proxyserver als eines der vielen Beispiele, indem die „fünfte Gewalt“ der Information Bahn bricht. Es ist vielleicht auch deswegen besonders wichtig festzustellen, dass es der „vierten Gewalt“ bedarf, weil ja die „fünfte Gewalt“ gefakt werden kann. Es gibt sicherlich das eine oder andere Land, das seinerseits falsche Bloggerinformationen herausgibt und den Ansatz damit konterkariert.

Vor knapp drei Wochen trafen sich Blogger aus allen Teilen der arabischen Welt bei einer mehrtägigen Veranstaltung. Um sich auszutauschen und zu vernetzen wurde in dem Cross-Culture-Internship die Möglichkeit geschaffen, Journalisten für mehrere Monate bei deutschen Rundfunksendern auszubilden. Ich glaube, daran sind Sie auch beteiligt. Ich habe zwei Fragen – in diesem Fall darf ich Herrn Dr. Radiske ausnehmen. Einmal an Sie, Frau Meuer, als Direktorin der Deutschen-Welle-Akademie: Wie sind Ihre Erfahrungen mit den Programmen, die die Deutsche-Welle-Akademie aufgelegt hat, um den jungen Journalistinnen und Journalisten im arabischen Raum Starthilfe zu geben? Wie werden sie angenommen? Wie wirksam sind sie nach Ihrem bisherigen Kenntnisstand, gerade in dem eben genannten zusätzlichen Verbreitungsweg von Blogs und social Media.

Eine zweite Frage an Herrn Weiss als Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Wie weit sind die Bemühungen gediehen, der Deutschen Welle lizenzkostenfrei solche Teile der Produktion anzuliefern, die unter Ihrer Regie von den ARD-Korrespondenten in der Welt zusammengetragen werden? Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Frau Meuer, bitte.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Danke für die Frage. Wie sind unsere Programme angekommen? Wir haben sehr früh angefangen, in Tunesien und auch in Ägypten zu arbeiten, nicht nur zu arbeiten, sondern weiterzuarbeiten. Wir haben sehr, sehr früh in Tunis eine, wie wir das nennen, Konferenz zur Bedarfsanalyse gemacht mit allen Playern, und zwar nicht nur den staatlichen Akteuren der Sender vor Ort, da arbeiten wir ja eng mit der EBU zusammen, Herr Weiss hat das eben schon erwähnt, sondern auch mit den privaten Sendern. Und wir haben versucht zu klären, in welchen Bereichen es besondere Unterstützung braucht. Es ist natürlich so, Sie können sich das vorstellen, dass die internationale Gebergemeinschaft bei solchen Ereignissen einfällt wie Heuschrecken und versucht, den Kuchen aufzuteilen. Wir konnten bei unserer Arbeit darauf bauen, dass wir schon seit längerer Zeit in beiden Regionen und in beiden Ländern arbeiten. Die Situation ist in beiden Ländern immer noch relativ unübersichtlich, die Partnerorganisationen sind nicht so klar zu identifizieren. Deshalb arbeiten wir in Ägypten zurzeit in erster Linie mit den Universitäten zusammen, gehen einen Schritt zurück in die

Ausbildung von Journalisten im akademischen Bereich und unterstützen dort. Wir bieten zum Beispiel Seminare an zur Wahlberichterstattung, denn das ist ja im Moment das dringlichste Thema für beide Länder, für Ägypten und für Tunesien. Aber, um zusammenzufassen, wir bauen auf das auf, was wir seit über 40 Jahren, seit fast 50 Jahren in der Region machen, und wir haben versucht, uns mit allen Akteuren zusammenzusetzen. Wir planen eine internationale Konferenz in Ägypten mit dem staatlichen und mit dem privaten Rundfunk, um herauszufinden, wo der Bedarf ist. Was braucht ihr, in welche Richtung müssen wir zusammengehen? Dann bieten wir Hilfe an. Es ist auch längst nicht mehr so, dass die Hilfe aus einer Geberperspektive einfach immer angenommen wird. Wir verhandeln da auf Augenhöhe, da ist ein Höchstmaß an Professionalismus gefragt, denn Tunesien ist zum Beispiel ein sehr entwickeltes Land, auch in den Medien.

Die Vorsitzende: Herr Weiss, bitte.

Andreas Weiss (Koordinator Internationales bei der ARD): Zu der Frage der Lizenzierung von „Weltspiegel“-Beiträgen für die Deutsche Welle gebe ich zu, dass ich den aktuellen Diskussionsstand nicht genau kenne. Ich kenne einen früheren Stand, aber vielleicht ist man da schon ein Stück weiter. Es gab zwei Hinderungsgründe, es einfach pauschal zu tun. Der eine ist, dass sehr viele Weltspiegel-Beiträge Fremdmaterial aufweisen, das man vor Ort erworben hat. Das kann man nicht einfach weltweit ausstrahlen, sondern dafür gibt es eine recht komplexe Rechteprüfung. Der zweite Grund ist, dass der eine oder andere Korrespondent Befürchtungen hatte, dass Probleme für seine Interviewpartner vor Ort entstehen können, wenn der „Weltspiegel“ über eine weltweite Ausstrahlung wieder in ihr Land zurückgestrahlt wird. Das hat diese Korrespondenten daran gehindert, einfach alles pauschal zu übergeben, sonst müsste man die Beiträge vorher schon so konfektionieren, dass eine solche Gefährdung von Interviewpartnern nicht auftreten kann. Ich bin aber ehrlich gesagt über den aktuellen Stand der Diskussion nicht im Bilde. Vielleicht wissen Sie, Frau Meuer, noch Genaueres.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Das ist der Ist-Stand, aber es sind weitere Gespräche geplant auch im Zusammenhang mit weiteren Diskussionen über die künftige Verfasstheit der Deutschen Welle.

Die Vorsitzende: Frau Senger-Schäfer hat das Wort.

Abg. Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und herzlichen Dank an die Expertenrunde von der Fraktion DIE LINKE. Meine erste Frage geht an Frau Meuer. Ich möchte kurz erwähnen, dass ich bei meiner Landesvertretung, Rheinland-Pfalz, kürzlich zu einem Mediendisput eingeladen war. Dort waren Journalistinnen und Journalisten verschiedener Sender versammelt, die sich mit dem Thema Einsatz in Krisengebieten auseinandergesetzt haben, die berichtet haben, vor dem Hintergrund embedded Journalism. Meine Frage jetzt an Sie: Wie bewerten Sie die Situation der Presse- und Medienlandschaft in Europa vor dem Hintergrund dessen, dass die Pressefreiheit sich anders gestaltet, wenn militärische Auseinandersetzungen außerhalb des eigenen Staatsgebietes abgebildet

werden sollen und wenn der Staat auch verwickelt ist in verschiedene Angelegenheiten außerhalb des eigenen Staatsgebietes, Stichwort Afghanistan?

Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Rediske: Sie haben vorhin dankenswerter Weise über die Abnahme der Meinungsvielfalt gesprochen und verschiedene EU-Länder erwähnt, wobei Italien eine herausragende Rolle spielt. Sie konzentrieren ja einen Zusammenhang a) zwischen der Pressekonzentration einerseits und b) dem Rückgang von Meinungsfreiheit andererseits. Jetzt haben Sie ein Ranking entwickelt, das auf 43 Fragen zur Pressezensur fußt, die eine gewisse Ordnung messen, um den Grad an Pressezensur abzubilden. In diesem Zusammenhang ist mir aufgefallen, dass die Verbindung fehlt zwischen dem, was ich gerade beschrieben habe, der Pressekonzentration einerseits und dem Rückgang von Meinungsppluralität andererseits. Wäre es da nicht angebracht, in diesen Katalog eine Frage mit aufzunehmen, sozusagen als 44. Frage, die das abbilden würde? Dankeschön.

Die Vorsitzende: Frau Meuer, bitte.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Frau Senger-Schäfer, danke für Ihre Frage, aber ich habe sie nicht verstanden.

Abg. Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE.): Ich konkretisiere sie gern noch einmal. Welchen Stellenwert messen Sie der Pressefreiheit in dem Fall zu, wenn der einheimische Staat in eine militärische Auseinandersetzung außerhalb des eigenen Staatsgebietes verwickelt ist, zum Beispiel in Afghanistan vor dem Hintergrund des embedded Journalism? Wie frei können diese Journalistinnen und Journalisten berichten, wenn das eigene Land in die Auseinandersetzungen verwickelt ist?

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Sie meinen, wenn deutsche Korrespondenten in Afghanistan arbeiten? Ich habe nicht den Eindruck, dass unsere Pressefreiheit in Afghanistan bedroht ist. Wenn ich die Berichterstattung über Afghanistan verfolge, und ich nehme erst einmal die Zeitungen, dann habe ich den Eindruck, dass die Kollegen, die sich dorthin trauen, die dorthin reisen, die die Möglichkeit haben, mit Menschen zu sprechen, darüber auch berichten können. Das ist mein ganz persönlicher Eindruck als Leserin. Ich halte auch unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk für unabhängig in der Berichterstattung. Natürlich gibt es im Moment kein Korrespondentenbüro in Kabul, die Region wird von der ARD aus Neu-Delhi bedient.

Ich verstehe die Frage nicht. Haben Sie den Eindruck, dass es Einflussnahmen auf Journalisten gibt oder worauf wollen Sie hinaus? Ich habe die Frage wirklich nicht richtig verstanden, vielleicht können Sie mir helfen.

Dr. Michael Rediske (Vorstandssprecher Reporter ohne Grenzen e.V.): Ich versuche eine allgemeine Antwort. Es gibt immer ein Problem, wenn Journalisten in Krisen- oder Kriegsgebiete gehen müssen und von Soldaten, von Armeen begleitet werden. Das ist unabhängig davon, ob die Journalisten

mit einer Guerilla gehen oder mit einer Armee und welche Armee das ist. Dieses Problem zeigt sich auch in Afghanistan. Wenn man sich als Journalist nicht frei bewegen kann, schränkt das die Freiheit der Berichterstattung ein. Das liegt grundsätzlich an dem Kriegsgebiet. Es mag Gebiete geben, vor allem natürlich Kabul, wo sich Journalisten „relativ“ frei bewegen. Aber überall da, wo sie nur mit deutschen Soldaten zusammen durch die Gegend fahren können, abgesehen davon, dass sie durch Attentate auch physisch gefährdet sind, können sie nur aus einer sehr beschränkten Perspektive berichten. Da sollten Journalisten deshalb immer auch klar machen, welche Perspektive das ist.

Die Vorsitzende: Danke, Herr Dr. Rediske. Jetzt sind Sie mit Ihrer eigentlichen Antwort dran.

Dr. Michael Rediske (Vorstandssprecher Reporter ohne Grenzen e.V.): Die Frage zielte auf unser sogenanntes Ranking. Diese Rangliste der Pressefreiheit wird erstellt auf Grundlage von über 50 Fragen, die kein analytisches Instrument sind. Sie stellen keine Zusammenhänge dar, sondern es wird nach Pressekonzentration gefragt, es wird auch nach Vielfalt gefragt. Das Problem ist das jeden Rankings: Passen die Kriterien zusammen? Ich habe am Anfang in meinem Einleitungsvortrag schon erwähnt, dass es sehr schwierig ist, gleichzeitig Punkte zu vergeben für den Mord an einem Journalisten und für eine Zunahme an Medienkonzentration, weil sich das im Allgemeinen auf verschiedene Länder bezieht. Insofern ist auch dieses Ranking relativ zu sehen und eher als Indikator dafür, wer im Prinzip eine gute Situation der Pressefreiheit hat und wo es am unteren Ende katastrophal aussieht.

Die Vorsitzende: Frau Rößner, jetzt sind Sie an der Reihe.

Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Vielen Dank an Sie, dass Sie Ihre Einschätzung schon kundgetan haben und ich unterlasse es, noch einmal die Bedeutung der internationalen Pressefreiheit zu würdigen. Ich glaube, das ist selbstverständlich.

Frau Meuer, Sie haben unseren Antrag erwähnt und haben gesagt, dass sei natürlich eine Diskussion auf sehr hohem Niveau. Das ist richtig, aber ich möchte kurz etwas zum Hintergrund sagen. Der Antrag ist nicht für diese Ausschusssitzung erstellt worden, sondern der Antrag ist entstanden in der Diskussion um die Pressefreiheit in Ungarn und im Rahmen der europäischen Diskussion dieses Themas. Wir haben festgestellt, dass der Aufschrei – auch gerade in der Politik – immer sehr, sehr groß ist, wenn ein Verstoß wahrgenommen wird, wie im Fall des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender, dass aber hinterher wenig folgt. Wir wissen alle, wenn zum Beispiel die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, nach China fährt, dass sie dort die Menschenrechte und möglicherweise auch die Pressefreiheit anspricht. Aber, was ist mit den Gesprächen mit Präsident Sarkozy in Frankreich und mit Ministerpräsident Berlusconi in Italien? Spricht sie das Thema dort auch an? Ich höre davon nichts. Deshalb entstand diese Überlegung: Was kann man denn tun und welche Handlungsspielräume gibt es eigentlich? Und diese Überlegung stand auch hinter dem Antrag.

Daher ist meine Frage noch einmal auf Europa bezogen. Sie sind eben schon eingegangen auf Herrn

Dörmanns Frage, mir ist das aber noch zu unkonkret. Beispielsweise wird Kroatien in der Ranking-Liste erwähnt und auf Platz 62, was die Pressefreiheit angeht, geführt. Jetzt gibt es ja Gespräche mit Kroatien wegen der Aufnahme in die EU. Sollte der Grad der Pressefreiheit eine Voraussetzung sein, um ein Land in die EU aufzunehmen? Wäre das eine Möglichkeit, Handlungsspielraum zu schaffen? Es gibt Vorschläge, eine unabhängige Medienbehörde entweder in den einzelnen EU-Staaten oder auf europäischer Ebene zu etablieren. Wäre eine unabhängige Behörde eine Möglichkeit, um darauf zu dringen, Pressefreiheit in Europa durchzusetzen? Herr Dr. Rediske, Sie haben es richtig gesagt, die EU muss ein Vorbild sein. Vielleicht können Sie auf diese Überlegung oder auf ein EU-Mediengesetz eingehen. Sie haben die Charta erwähnt, die Ihnen nicht weit genug geht oder zu unspezifisch ist. Solche Überlegungen sind nicht neu. Was halten Sie von dieser Frage?

Zurückkommen muss ich noch einmal auf die Außendarstellung Deutschlands. Wie nehmen Sie Deutschland im internationalen Austausch in dieser Frage nicht nur bei den Ländern wahr, wo klar ist, da wird gegen Menschenrechte verstoßen, wo ganz offensichtlich die Pressefreiheit nicht den Stellenwert hat, den sie bei uns hat. Welche Rolle spielt Deutschland wirklich oder hält sich die Bundesregierung dezent zurück?

Die Vorsitzende: Frau Meuer, bitte.

Gerda Meuer (Direktorin der DW-Akademie): Zu Kroatien und zur Stellung der Pressefreiheit in Kroatien: Es gibt vor jedem Beitritt eines Landes natürlich Beitrittsverhandlungen nach bestimmten Kriterien. Ich bin ziemlich sicher, dass Pressefreiheit und Meinungsfreiheit zu diesen Kriterien gehören. Ich weiß auch, dass wir in etlichen EU-Projekten genau an diesem Thema arbeiten, indem wir versuchen, zum Beispiel in Moldawien den staatlichen Rundfunk in einen öffentlich-rechtlichen umzuwandeln. Das alles geschieht natürlich auch vor dem Hintergrund einer Annäherung, nicht eines Beitritts in die EU. Ich denke, da gibt es schon viele Regelungen. Im Einzelnen können Sie das sicherlich in Erfahrung bringen. Da gibt es eine Menge, was gemacht wird.

Der zweite Punkt, Außendarstellung: Wir sind in der Deutschen Welle nur im Ausland unterwegs und aktiv. Wir Deutschen haben einen sehr, sehr hohen Stellenwert im Ausland. Wir gelten als loyal, wir gelten als ehrliche Makler. Wir haben es gerade nach dem 11. September gemerkt, dass in vielen Regionen dieser Welt den Deutschen ein großes Vertrauen entgegenschlägt. Wir arbeiten ja nur mit Medienunternehmen und mit Rundfunksendern zusammen. Es gibt eine große Offenheit für das deutsche Engagement, weil man uns als ehrlich und als loyal betrachtet.

Die DW-Akademie setzt sich dafür ein, dass das BMZ in Regierungsverhandlungen über Hilfe und Unterstützung das Thema Medien- und Pressefreiheit immer mit auf die Agenda nimmt, weil wir der Meinung sind, dass zum Aufbau von Zivilgesellschaften freie und unabhängige Medien unabdingbar gehören. Man kann nur dadurch, dass man verhandelt und den Dialog sucht, etwas verändern. Davon bin ich fest überzeugt. Nur eine moralische Perspektive und Weltsicht helfen nicht. Man muss

verhandeln, und es gibt staatliche Regelungen und Wege, in denen das getan wird.

Die Vorsitzende: Herr Dr. Rediske, bitte.

Dr. Michael Rediske (Vorstandsmitglied Reporter ohne Grenzen e.V.): Kurz zu den Stichworten, Frau Rößner, Kroatien und europäische Medienbehörde. Wir sehen in Kroatien nicht, dass es ähnliche Probleme wie in Bulgarien und Rumänien geben wird, wo man offenbar auf die Mediensituation nicht sehr geachtet hat. Es gibt eine jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Mediensituation in Südosteuropa, die auch keine größeren Probleme auf uns zukommen sieht. Das wäre in Kurzfassung die Antwort.

Stichwort europäische Medienbehörde: Wenn wir wirklich von einer Medienbehörde reden, dann sage ich, wir wollen keine neue Regierungsbehörde, die würde das Problem nicht lösen. Wenn es darum geht, regierungsunabhängige Aufsichtsgremien zu schaffen, dann könnte man sich das Modell der Landesmedienanstalten in Deutschland anschauen, die größtenteils nicht von den Regierungen besetzt werden, sondern von gesellschaftlichen Gruppen. Allerdings ist nicht zu vergessen: Von irgendjemand müssen Gremienmitglieder benannt werden. Und das sind im Allgemeinen die Parlamente. Wenn, wie in Ungarn, eine Regierungspartei über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, dann ist es dort auch wieder schwierig, Pluralismus durchzusetzen. Insofern geht der Ball zurück an die ungarische Gesellschaft, die sich auf Dauer überlegen muss, ob sie eine Zweidrittelmehrheit einer Regierungspartei, ganz egal welcher Richtung, richtig findet.

Die Vorsitzende: Mit liegt noch eine Wortmeldung vor. Ich selber nehme mich in Anbetracht der Zeit zurück, aber der Kollege Selle möchte noch eine Frage stellen. Herr Selle, Sie haben das Wort.

Abg. Johannes Selle (CDU/CSU): In diesem Ausschuss gibt es Gott sei Dank keine Differenzen was die Medien- und Pressefreiheit betrifft. Ich genieße persönlich die Pressefreiheit schon deshalb, weil ich viele Jahre im Osten Deutschlands leben musste, wo ich die Pressefreiheit nicht genießen konnte. Deshalb ist es wichtig, dass wir sensibel reagieren, dass wir diskutieren und uns von Experten unterstützen lassen. Sie haben dankenswerterweise differenziert zwischen der demokratisch verfassten Welt und dem Rest der Welt. Nun können wir am meisten Einfluss nehmen in unserer eigenen Welt. Da gibt es schon unterschiedliche Auffassungen. Beim Musterbeispiel BBC, das Sie vorbrachten, ist es, glaube ich, so, dass der Intendant von der Regierung eingesetzt wird, was eigentlich schon wieder zu Kritik führen müsste. Das ist mein Problem, dass Staaten, die demokratisch verfasst sind, sich ein Mediengesetz geben, und Parlamente in einem anderen Land sagen, das, was ihr da gemacht habt, ist aber nicht demokratisch oder dient nicht der Pressefreiheit. Wir haben die Europäische Kommission, die darauf achtet, dass die Rechte gewahrt werden. Deswegen mache ich es mir auch nicht ganz so leicht mit dem ungarischen Thema. Ich hatte mich schon einmal damit befasst und habe mich in Vorbereitung auf diese Sitzung intensiv informiert, wie nach einem halben Jahr Erfahrung mit dem neuen Mediengesetz gearbeitet wird. Da gibt es im Moment keine Einschränkungen. Es sind mir keine Fälle bekannt, wonach

die Pressefreiheit in Ungarn nicht gewahrt würde.

Deshalb hätte ich gern eine Frage an Herrn Dr. Rediske gerichtet, weil an dieses Expertengespräch dieser Antrag angehängt wurde, in dem die Forderung nach Ausgewogenheit der Berichterstattung als problematisch bewertet wird. Vielleicht können Sie dazu einen Satz sagen. Weitere Themen möchte ich nicht ansprechen, denn so viel Zeit haben wir nicht.

Herr Weiss, vielleicht können Sie noch schnell eine Bemerkung zur Pressefreiheit und zum Funktionieren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks machen. Inwiefern und wie stark sind Pressefreiheit und öffentlicher Rundfunk miteinander verbunden?

Die Vorsitzende: Herr Dr. Rediske und anschließend Herr Weiss, der auch noch einmal auf diese Bemerkungen reagieren wollte, bitte.

Dr. Michael Rediske (Vorstandsmitglied Reporter ohne Grenzen e.V.): Zum einen hat die EU nicht nur eine Grundrechtecharta, sondern weitere Gesetzeswerke, deren Einhaltung nicht eine nationale Sache, sondern eine Sache der EU ist. Ich denke, wenn wir den Diskurs von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit wollen, und zwar europaweit, dann muss man auch in Deutschland etwas zum ungarischen Mediengesetz sagen können, auch wenn es der ungarischen Regierung nicht gefällt.

Zum Zweiten, Ausgewogenheit: Ausgewogenheit wird nach dieser jüngsten, von der EU verlangten Änderung nur noch von den audiovisuellen Medien verlangt. Das ist richtig, da ist eingeschränkt worden. Allerdings finden wir, dass der Begriff „Ausgewogenheit“ schon etwas zu weit geht und benutzt werden kann, um Sanktionen und empfindliche Geldbußen gegen audiovisuelle Medien zu verhängen ganz nach Meinung dieses Aufsichtsgremiums, das frei von der Regierung zusammengesetzt wurde. Das heißt, da besteht eine Gefahr, auch wenn im Moment noch kein Fall vorliegt, in dem höhere Geldstrafen verhängt worden sind. Aber vergessen wir nicht, die EU-Ratspräsidentschaft Ungarns ist gerade erst von wenigen Tagen zu Ende gegangen. Es liegt übrigens diesem Gremium gerade der erste Fall einer Klage vor, wie ich in der österreichischen Presse gelesen habe, die ein Medium durchaus viel Geld kosten kann. Warten wir ab, was damit passiert.

Die Vorsitzende: Herr Weiss, wollen Sie das noch einmal ergänzen, auch zu Ungarn?

Andreas Weiss (Koordinator Internationales bei der ARD): Einfach nur ein kleines Stimmungsbild, das mir unser Korrespondent geschildert hat: Es herrscht dort bereits ein Klima der Einschüchterung. Das bedeutet, unsere Korrespondenten finden immer weniger Bereitschaft, dass Menschen vor ausländischen Medien aussagen. Die sonst hilfreichen Kollegen in den Medien selber unterwerfen sich der Selbstzensur, auch amtliche Stellen verweigern jetzt zunehmend die Zusammenarbeit. Früher war das kein Problem, aber jetzt sichern sich alle nach oben ab bis auf die Ebene von Ministerpräsident Orbán. Wir haben ja in der EBU einen Nachrichtenaustausch, in dessen Rahmen wir uns untereinander

Nachrichtenbeiträge zuliefern. Hier stellen wir fest, dass aus Ungarn kein einziger kritischer Beitrag mehr kommt. Es gibt eine ganze Reihe von Demonstrationen, von großen Demonstrationen gegen Orbán. Es ist nie ein einziges Bild erschienen. Das ist einfach nicht mehr würdig einer normalen demokratischen Medienverfasstheit. Da kann man von Freiheit nicht mehr sprechen. Ich finde es sogar äußerst bedrückend, wenn sich Angst in einem EU-Mitgliedsland so breit macht, dass man sich nicht mehr traut, sich in die Öffentlichkeit zu begeben.

Das führt vielleicht auch zu der zweiten Frage, die Sie an mich gerichtet haben. Es ist tatsächlich so, dass sich diese Medienkrise am öffentlich-rechtlichen Rundfunk ablesen lässt. Im Vorfeld der Medienkrise, als die Demokratie umkämpft war, als rechtspopulistische Kräfte Stimmung gemacht haben, hatte der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch eine Position im Medienwesen. In Ungarn haben wir nur parteibezogene Printmedien, die noch nie kritisch gewesen sind. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk war die einzige Instanz, die noch neutral berichtet hat. Hier gab es Bestrebungen, durch den Entzug von Finanzierungen und durch personalpolitische Eingriffe die Freiheit des Rundfunksenders einzuschränken. Deswegen sind wir ja als EBU mit den Intendanten der großen Rundfunkanstalten, mit Fritz Pleitgen und Viviane Reding bei größeren Veranstaltungen aufgetaucht, um zu versuchen, dort das Blatt zu wenden. Das ist nicht gelungen! Jedenfalls können wir nicht sagen, dass aus Ungarn noch nichts Besonderes zu berichten wäre.

Die Vorsitzende: Ungarn ist jetzt natürlich ein Riesenthema. Herr Ehrmann, bitte.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Entschuldigen Sie, dass ich da noch einmal nachhake. Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich Ihnen herzlich danken, aber gerade die letzte Diskussionsrunde erfordert, dass wir noch einmal in aller Ernsthaftigkeit Dinge vertiefen, weil es sich um einen sehr schwierigen Vorgang handelt. Wir reden hier über sehr komplexe und sehr grundlegende Dinge, und es ist schon unser Anspruch, das sehr ernsthaft zu vertiefen und nicht den Eindruck irgendeiner oberflächlichen parlamentarischen Befassung zu erwecken. Deshalb ist es mir ein dringendes Bedürfnis, das im Namen meiner Fraktion zum Ausdruck zu bringen. Wir werden das mit Sicherheit bilateral und auch in einem angemessenen Diskussionsstil vertiefen, aber mich drängte es zu dieser kommentierenden Bemerkung. Danke.

Die Vorsitzende: Ich nehme zum Abschluss dieses wirklich sehr interessanten Gesprächs eine Wortmeldung, die ich mir zuvor verkniffen hatte, mit auf, weil mich sehr hellhörig gemacht hat, dass Herr Dr. Rediske auch Italien und Frankreich erwähnt hat. Ungarn ist uns allen im Kopf. Wir haben im letzten Jahr eine Delegationsreise nach Ungarn unternommen, insofern sehen wir die Lage dort wirklich differenziert. Vielleicht sollten wir gerade über die EU-Länder reden, weil uns das so Naheliegende als nicht nötig erscheint, das Thema vielleicht aber besonders wichtig ist. Was Ungarn angeht, kann ich nur sagen, wir bekommen von Künstlern wie György Konrád Briefe, in denen sie schildern, dass sie sich nicht mehr auf die Straße trauen wegen des latenten und offensichtlichen Antisemitismus. Solche Strömungen gehen ja leider Hand in Hand. Das alarmiert uns wirklich hochgradig. György Konrád war hier Präsident

der Akademie der Künste, seine Lage macht uns sehr, sehr betroffen. Ich glaube, dass so ein Klima natürlich Auswirkungen auf das Pressegeschehen hat. Sie sehen, wie wichtig uns das Thema ist und dass wir mit Sicherheit nicht aufhören, darüber zu sprechen.

Ich bedanke mich sehr, dass Sie hier waren. Auf der einen Seite geht es, glaube ich, um organisatorische Grenzen der Arbeit vor Ort, die Sie beschrieben haben, wo es auf Geschick, diplomatisches Gespür, Kontakte, Professionalität ankommt, um den Menschen vor Ort zu begegnen und uns die Informationen zukommen zu lassen, auf die wir hier warten. Ich glaube aber, dass es noch einen anderen Aspekt gibt. Es gibt so etwas wie geistig-seelische Herausforderungen, vor denen die Kollegen stehen, wenn man einmal in großer Freiheit gearbeitet hat. Sich immer wieder Einschränkungen gegenüber zu sehen, kann ich mir vorstellen, führt wirklich zu inneren Konflikten und Schwierigkeiten. Deshalb ist es ganz wichtig, dass es Organisationen wie Ihre gibt. Denn ich glaube, dass für die Kollegen vor Ort so etwas wie Solidarität, Mitdenken und die Tatsache, dass wir uns mit ihrer Situation wenigstens von Ferne befassen, eine indirekte Unterstützung sein kann. Wir wissen, wie wichtig Ihre Arbeit ist und dass wir uns unsere Meinung nur bilden können, wenn andere sich diesen Herausforderungen nach wie vor stellen. Vielen Dank in diesem Sinne und Sie sehen, das war nicht das Ende, sondern vielleicht der Anstoß zu einer nächsten Diskussion. Vielen Dank, dass Sie da waren.

Schluss der Sitzung: 18:05 Uhr

Monika Grütters, MdB
Vorsitzende